



Jeder kämpft für sich allein?

Gedanken zur Notwendigkeit der (Wieder)Entdeckung der Solidarität in der Sozialen Arbeit

MECHTHILD SEITHE

Soziale Arbeit ist bekanntlich einerseits eine Instanz, die das gesellschaftliche System stabilisieren hilft, aber gleichzeitig auch eine politische Kraft, die mit Blick auf die gesellschaftlich induzierten Problemlagen von Menschen im kapitalistischen Gesellschaftssystem eine kritische Sicht auf die gesellschaftlichen Verhältnisse entwickelt (vgl. z. B. Böhnisch et al. 2005, S. 103), politisch aktiv werden und die Menschen befähigen kann, sich gegen das System und seine Zumutungen zur Wehr zu setzen.

Das Verständnis der Sozialen Arbeit als politische Kraft schlägt sich in ihren ethischen Grundhaltungen und ihrem Aufgabenverständnis nieder: in der Parteilichkeit (mit der Klientel) und in der Solidarität (mit Gleichgesinnten). Es verknüpft das berufliche und (sozial-)politische Handeln auf verschiedenen Ebenen miteinander.

Parteilichkeit für die Klientel der Sozialen Arbeit ist das Bemühen – trotz des immer auch bestehenden gesellschaftlichen Auftrages –, sich im Sinne des Mandates für die Menschen, für deren Bedürfnisse und Bedarfe einzusetzen und mit ihnen zusammen deren Interessen zu verteidigen – im Zweifel auch gegen die Interessen des Systems (vgl. z. B. Thiersch 1993, S. 13). In jüngster Zeit gerät die Parteilichkeit immer mehr in Verruf und wird als unwissenschaftlich und nicht mehr zeitgemäß kritisiert.

Solidarität bedeutet, sich mit anderen Menschen zusammen für die gemeinsamen Interessen einzusetzen, sich dabei gegenseitig zu stützen und gemeinsam gegen die Verhältnisse zu kämpfen, die diesen Interessen im Wege stehen. Sie kann sich auf unterschiedlichen Ebenen umgesetzt werden.

1. Zum einen bedeutet sie das politische Engagement für soziale Gerechtigkeit. Hier geht es um die Frage, ob und wieweit die Profession an der Gestaltung des Sozialen und an der Schaffung von Solidarität mitwirken kann, will und muss (vgl. z. B. Lange/Thiersch 2006, S. 217).

2. Dieses Verständnis von Sozialer Arbeit als einer gesellschaftspolitischen Kraft, war zumindest in den 70er Jahren im Zuge der Kritik an der damaligen vorherrschenden sozialarbeiterischen Praxis durchaus verbreitet. Heute ist ein solches Verständnis von Sozialer Arbeit aber fast vergessen.

Im engeren Sinne bedeutet Solidarität für Sozialarbeitende den gemeinsamen Einsatz der Berufsgruppe für berufs- und fachpolitische Interessen der Profession, z. B. für eine angemessene Bezahlung oder z. B. für die Sicherstellung der für qualifizierte Soziale Arbeit erforderlichen Arbeitsbedingungen. Dieser wäre gerade angesichts der zunehmenden Deprofessionalisierung und Prekarisierung der Sozialen Arbeit bitter notwendig.

Die Solidarität innerhalb der Berufsgruppe war selbst in den 70er Jahren nicht besonders ausgeprägt. Zwar wurden Kooperation, Teamarbeit und Vernetzungsarbeit unter sozialen Fachleuten hoch gehalten. Gemeinsame Aktivitäten, z. B. um eine bessere tarifliche Eingruppierung durchzusetzen, gehörten aber nie zu den zentralen Tugenden oder Praktiken der Profession.

Im Folgenden soll zunächst in aller Kürze den Hintergründen für das zunehmende Verschwinden der ethischen Grundhaltungen in unserer Profession nachgegangen werden. Im Anschluss möchte ich die Frage aufwerfen, wie es um die heutigen Sozialarbeitenden bestellt ist: bestehen überhaupt noch Ansätze und Chancen für ein Verständnis der Sozialen Arbeit, bei dem Parteilichkeit und Solidarität unverzichtbare Grundhaltungen darstellen?

Der Aspekt der berufs- und fachpolitischen Solidarität innerhalb der Profession Soziale Arbeit wird in den weiteren Überlegungen dabei im Vordergrund stehen.

Parteilichkeit und Solidarität sind keine Nächstenliebe

Der Berufsgruppe der Sozialarbeitenden wird als Berufsmotivation immer wieder so etwas wie „Nächstenliebe“ unterstellt. Die Vorstellung von Sozialer Arbeit als selbstlose Nächstenliebe steckt tatsächlich auch heute noch in vielen Köpfen, auch in denen der Sozialarbeitenden selber.

Parteilichkeit ist jedoch etwas ganz anderes als Nächstenliebe. Sie bedeutet das Partei-Ergreifen für Schwächere, und zwar aus der ethischen Überzeugung heraus, dass diesen Schwächeren Unrecht geschehen ist oder geschieht. Ihr Mangel an Ressourcen ist keine individuelle Eigenschaft und schon gar kein individuelles Versagen, sondern stellt eine soziale Benachteiligung dar, die nicht zu akzeptieren ist.

Die Vorstellung, Soziale Arbeit sei letztlich professionell ausgeübte Nächstenliebe, ist aber vor allem auch dafür mitverantwortlich, dass sich die Sozialarbeitenden seit jeher scheuen, für ihre eigenen Rechte und Bedarfe aktiv einzutreten. Wer anderen selbstlos helfen will, so wird offenbar immer wieder gefolgert, der sollte dabei keine Absichten für sich selber verfolgen. Die Befreiung der Sozialen Arbeit von der hartnäckigen Ideologie der selbstlosen Nächstenliebe, die Herleitung der ethischen Prinzipien Parteilichkeit und Solidarität aus ihrer sozialpolitischen Tradition und aus den Werten der Aufklärung würden eine bessere Basis für die Berufsgruppe darstellen, wenn es darum geht, ihre ethischen Werte gegen die heutigen neoliberalen Forderungen und Vorstellungen zu verteidigen und abzugrenzen.

Der Verlust des professionellen Kerns der Sozialen Arbeit

Ein weiterer wichtiger Hintergrund für die mangelnde Solidarität innerhalb der Berufsgruppe ist die Tatsache, dass sich die Einheitlichkeit, das Gemeinsame, das Verbindende in der Sozialen Arbeit immer mehr

aufzulösen scheint in der unübersichtlichen Fülle verschiedenster Arbeitsfelder, Organisationsformen, Produktionsformen, Anstellungsträger usw. Bestimmte Methoden und Techniken, vorgegebene konkrete Zielvorgaben oder Wirkungsmodelle, Programme und Zielgruppenaufträge stehen im Vordergrund und verweisen die Profession mit ihren fachlichen Kompetenzen und ethischen Werten in den Hintergrund.

Der fachlich-ethische Kern der Sozialen Arbeit, ihr Charakter als kommunikativer, interaktiver Prozess, der Menschen bei der Bewältigung ihres Alltags unterstützen soll, verschwindet so immer mehr (vgl. z. B. Galuske 2003). Ein gemeinsames Verständnis Sozialer Arbeit, das als Grundlage für eine mögliche Berufsidentität dienen kann, ist für viele nicht mehr nachvollziehbar und greifbar. Sozialarbeitende in der Praxis haben deshalb große Schwierigkeiten, in der Kollegln, die vielleicht in der gleichen Stadt, aber in einem ganz anderen Arbeitsfeld, bei einem anderen Träger, in einem völlig anderen Aufgabenfeld und unter anderen Zielvorgaben tätig ist, die Berufskollegln zu erkennen und eine Ziel-, Haltung und Interessengleichheit mit ihr auszumachen.

Es wäre vor allem die Aufgabe der Hochschulen, diesen allen sozialarbeiterischen Aufgaben und Tätigkeiten innewohnenden Kern der Profession wieder verstärkt zu vermitteln, die spezifischen Kompetenzen der Sozialen Arbeit zu vermitteln und bewusst zu machen sowie deren Verteidigung gegen nichtprofessionelle Absichten und Vorstellungen konkret und aktiv zu erarbeiten. Wenn die Soziale Arbeit sich als Ganzes mit gemeinsamen Interessen wahrnehmen könnte, hätte sie eine wichtige Voraussetzung geschaffen für ein politisches Selbstverständnis und auch für die Entstehung und Ausübung von Solidarität untereinander.

Die neoliberale Umkremplung und ihre Folgen für das Verständnis von Parteilichkeit und Solidarität

Inzwischen hat der Neoliberalismus als die derzeit herrschende und gesellschaftlich verordnete Ideologie die Soziale Arbeit, wie ja auch die Gesellschaft insgesamt, mehr verändert, als wir es uns mitunter eingestehen wollen.

Ein Verständnis von Parteilichkeit für sozial Benachteiligte und Schwächere liegt dieser Ideologie und diesem Staat grundsätzlich fern, denn diese setzt die Annahme voraus, dass bestimmte individuelle Probleme gesellschaftliche Ursachen haben (können) und somit eine gesellschaftliche Verantwortung für deren Lösung besteht. Die je individuelle Schuldzuweisung des aktivierenden Staates macht Parteilichkeit nicht nur scheinbar überflüssig, sondern auch „gefährlich“, weil sie angeblich die Eigeninitiative der Einzelnen schwächt (vgl. z. B. Nolte 2004).

Der „alten Parteilichkeit“ wird zudem der Geruch von Irrationalität und Unprofessionalität angehängt. Sie ist angeblich heute der Dienstleistung gewichen (Lutz

Es wäre vor allem die Aufgabe der Hochschulen, diesen allen sozialarbeiterischen Aufgaben und Tätigkeiten innewohnenden Kern der Profession wieder verstärkt zu vermitteln.

2008). Soziale Arbeit wird zudem zunehmend zu einem technischen, angeblich personenneutralen Verfahren der Verhaltensänderung.

Die alte Vorstellung von einer Liebestätigkeit Sozialer Arbeit aber hat der aktivierende Staat von der professionellen Sozialen Arbeit abgetrennt und der privaten, persönlich motivierten Barmherzigkeit anempfohlen und überlassen (vgl. Bütow/Chassé/Hirt 2008, S. 231; Spindler 2007, S. 31; Böhnisch et al. 2005, S. 238).

Mit der Solidarität macht der Neoliberalismus erst recht kurzen Prozess

Dort, wo jeder für sich alleine zu sorgen hat, wo jeder für die Risiken seines Lebens alleine eintreten muss und wo Versagen und Not allein die Schuld des Einzelnen ist und bleibt, da sind Solidarität und politisches Engagement geradezu kontraindiziert.

Nur die heimelige und für den Staat kostenfreie Wärme des sozialen Nahraumes darf das Gesicht der Menschlichkeit und Solidarität zeigen. Die Nutzung der Bürgerbewegungen und die Aktivierung der sozialen Nahräume bedeuten – ähnlich wie die Barmherzigkeit, die die Parteilichkeit ersetzen soll – das Ab-

Solidarität wird offenbar von vielen auch als unnützlich angesehen oder der alten Selbstlosigkeitsideologie verdächtigt: „Was nutzt mir das dann?“



schieben der Solidarität ins Private, Zufällige und vor allem Unpolitische (vgl. z. B. Heite 2008, S. 113,114). Der Solidarität innerhalb der Berufsgruppe schließlich verabreicht der Neoliberalismus scheinbar den letzten Dolchstoß: Aus Solidarität wird Konkurrenz und Wettbewerb, aus Netzwerkarbeit ist längst eine Modernisierungsmethapher für mehr Effizienz geworden, aus Solidarität unter Gleichen, z.B. gegenüber dem Arbeitgeber, wird die Solidarität mit dessen Unternehmen und seinem wirtschaftlichen Wohlergehen, von dem ja die eigene Existenz abzuhängen scheint. Auch unter BerufskollegInnen steht – und so soll es auch sein – jeder und jede für sich alleine und damit auch gegen alle anderen.

Gewerkschaftliche oder berufspolitische Organisation – wozu soll das gut sein?

Es ist eine bekannte, wenn auch angesichts der konkreten Berufssituation schwer zu begreifende Tatsache, dass Sozialarbeitende heute mehr denn je berufspolitische oder gewerkschaftliche Organisation für sich nicht in Betracht ziehen. Der durchschnittliche Organisationsgrad der Sozialarbeitenden in Deutschland bei Gewerkschaften und Berufsverbänden überschreitet nicht einmal die 10-Prozent-Marke. Warum?

Bei unseren Veranstaltungen im Fachbereich im vergangenen Sommersemester, bei denen Studierende mit Gewerkschaftlern und DBSH-VertreterInnen über aktuelle Fragen ins Gespräch kamen, zeigte sich eine unglaubliche Unwissenheit über zentrale Zusammenhänge solidarischen Handelns.

Die Studierenden waren nicht nur erstaunt über die ihnen offensichtlich völlig neuen Informationen in Bezug auf berufspolitische und gewerkschaftliche Organisationen: „Das hatten wir nicht in der Schule“ (ja warum eigentlich nicht!?!). Sie hatten vor allem große Schwierigkeiten, den Sinn einer Organisation zu verstehen: „Warum sollte ich denn da beitreten? Ich trete doch auch sonst nicht in jeden Verein ein.“ Solidarität wird offenbar von vielen auch als unnützlich angesehen oder der alten Selbstlosigkeitsideologie verdächtigt: „Was nutzt mir das dann? Was gehen mich die anderen an. Ich muss mich um mich und meine Familie kümmern!“

Groß aber war immerhin das Staunen darüber, dass sich z. B. mit dem DBSH jemand wirklich für ihre Interessen einsetzte und den Wert ihrer Arbeit angemessen einschätzte. Am Abend vorher hatte bei einer anderen Veranstaltung eine Vertreterin der Arbeitsagentur die im Osten derzeit üblichen Bruttogehälter von 1500,00 Euro für SozialarbeiterInnen verteidigt: „Mehr können sie heute eben nicht erwarten.“ Und hier, beim DBSH, war nun tatsächlich jemand, der diese unmöglichen Verhältnisse offen und deutlich anprangerte und als unerträglich geißelte. Das war eine neue, wichtige Erfahrung für viele Anwesende. Aber kurz darauf folgte die reichlich blauäugige Frage



LITERATUR

Böhnisch, L./Schröer, W./Thiersch, H. (2005): Sozialpädagogisches Denken. Wege zu einer Neubestimmung. Weinheim 2005

Bütow, B./Chassé, K.A./Maurer, S. (2006): Soziale Arbeit zwischen Aufbau und Abbau. Transformationsprozesse im Osten Deutschlands und die Kinder- und Jugendhilfe. Wiesbaden 2006

Galuske, M. (2008): Fürsorgliche Aktivierung – Anmerkungen zu Gegenwart und Zukunft Sozialer Arbeit im aktivierenden Staat. In: Bütow, B./Chassé, K.-A./Hirt, R. (Hrsg.): Soziale Arbeit nach dem Sozialpädagogischen Jahrhundert. Positionsbestimmungen Sozialer Arbeit im Post-Wohlfahrtsstaat. Opladen 2008, S. 9 ff.

Heite, C. (2008): Soziale Arbeit im Kampf um Anerkennung. Professionstheoretische Perspektiven. Weinheim 2008

Lange, D./Thiersch, H. (2006): Die Solidarität des Sozialen Staates – Die Solidarität des reformierten Sozialstaates. In: Böllert, K./Hansbauer, P./Hansenjürgen, B./Langenohl, S. (Hrsg.): Die Produktivität des Sozialen – den sozialen Staat aktivieren. Sechster Bundeskongress Soziale Arbeit. Wiesbaden 2006, S. 211 ff.

Lutz, Roland: Perspektiven der Sozialen Arbeit. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) 12–13/2008.

Nolte, P. (2004): Generation Reform. Jenseits der blockierten Republik. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 2004

Spindler, H. (2007): Sozialarbeit und der Umgang mit der Armut. Eine alte Aufgabe im neuen Gewand. In: FORUM sozial 3/2007, S. 29 ff.

Thiersch, H. (1993): Strukturierte Offenheit. In: Th. Rauschenbach u.a. (Hrsg.): Der sozialpädagogische Blick. Weinheim 1993, S. 11 ff.

„Können Sie denn – gesetzt den Fall ich trete ein – dafür sorgen, dass ich an meiner jetzigen Arbeitsstelle mehr Geld bekomme?“ Und als das verneint wurde, kam der enttäuschte Kommentar: „Aber was bringt es mir denn dann?“ Dass es bei der gewerkschaftlichen oder berufspolitischen Organisation nicht darum geht, eine Dienstleistung zur Durchsetzung der eigenen Interessen zu kaufen, dass es vielmehr darum geht, selber für die eigenen Rechte einzutreten, schien für die Studierenden keineswegs klar zu sein. Ein DBSH-Mitglied stellte aber schließlich richtig: „Ich weiß, dass die Organisation nicht von heute auf morgen meine Situation verändern kann. Aber wenn man jetzt nicht anfängt, was dagegen zu tun, wird es doch immer schlimmer. Und mir persönlich geht es besser, seitdem ich weiß, ich tue was, ich lasse mir nicht mehr alles gefallen. Und ich weiß jetzt auch, dass ich dabei nicht alleine bin. Und wenn wir noch mehr werden, dann werden wir auch irgendwann Veränderungen erreichen!“

Ich bin mir nicht sicher, aber ich hatte den Eindruck, dass diese Aussagen bei vielen der Anwesenden zwar auf blankes Staunen, bei einigen aber auf großes Interesse stieß und dort der Beginn einer neuen Erkenntnis gewesen sein kann.

Wie steht es um das aktuelle politische Selbstverständnis der Sozialarbeitenden?

Als ich 1993 an einer ostdeutschen Hochschule meine Arbeit aufnahm, sagte ein Student, der im Seminar soeben eine Kommilitonin hemmungslos vor allen anderen bloßgestellt hatte, zu seiner Verteidigung: „Aber das ist doch jetzt so! Jetzt heißt es doch: jeder

gegen alle. Wir leben doch jetzt in einer Ellenbogen-gesellschaft, oder etwa nicht?“ Ich war schockiert. Aber er hatte völlig Recht.

Vor einigen Wochen fragte ich eine Studentin, ob sie sich für eine Prüfung in einer Lerngruppe vorbereitet und ob ihr das etwas gebracht hätte. Ich erhielt zur Antwort: „Eigentlich nicht. Die anderen haben ja nur versucht von meinem Wissen zu schmarotzen. Da habe ich gesagt: Leute lest doch selber die Bücher!“ Und sie hatte der Gruppe den Rücken zugekehrt. Es herrscht unter den Studierenden wie wohl unter den PraktikerInnen der Sozialen Arbeit eine zunehmende Tendenz zur Entsolidarisierung.

Außerdem herrscht eine große Bereitschaft, sich an unprofessionelle und prekäre Arbeitsbedingungen anzupassen.

Hintergrund hierfür ist zum einen eine große Angst schon bei unseren StudentInnen, bei Nichtanpassung den eigenen Arbeitsplatz zu verlieren. In der Praxis sind die Erfahrungen ja auch entsprechend: Wer den Mund aufmacht, steht in Gefahr rausgeworfen zu werden.

Ein anderer Hintergrund ist sicherlich auch die gesamtgesellschaftlich induzierte Bereitschaft zur passiven Hinnahme von prekären Lagen und die Nichtwahrnehmung und Nichtreflexion der gesellschaftlichen Ursachen für diese Entwicklungen.

Vor diesem Hintergrund muss es wohl gesehen werden, dass die in unserer Hochschule gezielt und intensiv geforderte Auseinandersetzung mit den aktuellen problematischen Entwicklungen in unserer Profession von vielen Studierenden zunächst als sehr belastend, als deprimierend erlebt wird. Sie verstehen oft nicht,

Die Idee, sich zusammen zu tun, liegt auch für die eher Kritischen und Sensibilisierten in weiter Ferne. Die Vorstellung vom Individuum, das selber und alleine für sich kämpfen muss, steckt in allen Köpfen und Poren.



Autorin

PROF. DR. MECHTHILD SEITHE ist seit 1983 Hochschullehrerin an der FH Jena. Davor arbeitete sie 18 Jahre in der Praxis, u. a. im Bereich Erziehungsberatung und im Jugendamt (Krefeld, Remscheid, Wiesbaden). Von Haus aus ist sie Psychologin, hat während ihrer Praxiszeit im Rahmen einer Externenprüfung in Frankfurt a. M. das Diplom als Sozialarbeiterin abgelegt.

Schwerpunkte der Lehrtätigkeit und Forschung sind u. a.:

Hilfen zur Erziehung, Ökonomisierung und aktivierender Staat, Beratung mit nicht-motivierter Klientel.

warum wir sie als HochschullehrerInnen in ein solches Dilemma verwickeln wollen: „Wenn die Praxis doch heute anders tickt, wenn die lebensweltorientierte Soziale Arbeit gegenwärtig nicht gewünscht und nicht bezahlt wird, wozu soll man sie dann noch lernen oder gar verteidigen?“

Dennoch ist es uns gelungen, vielen Studierenden die Augen zu öffnen, sie für die Probleme zu sensibilisieren und den Wunsch bei ihnen zu wecken, sich den neoliberalen Anforderungen nicht kampflos zu ergeben. Aber selbst solche Studierende, die verstanden haben, mit welchen Problemen sie demnächst in der Praxis konfrontiert werden, die die gesellschaftlichen Hintergründe begriffen haben und die nicht mehr bereit sind, sich einfach anzupassen, selbst die entwickeln keine Vorstellungen und Ideen für eine gemeinsame Gegenwehr. Die Idee, sich zusammen zu tun, liegt auch für die eher Kritischen und Sensibilisierten in weiter Ferne. Die Vorstellung vom Individuum, das selber und alleine für sich kämpfen muss, steckt in allen Köpfen und Poren.

Und dennoch bin ich inzwischen davon überzeugt, dass ein elementares Bedürfnis nach Solidarität besteht, und rudimentäre, vielleicht auch erst einmal naive Vorstellungen über mögliche Solidaritätsschritte innerhalb der Berufsgruppe vorhanden sind. Es gibt durchaus das Bedürfnis bei Studierenden wie PraktikerInnen, einen Weg für sich zu finden, der es ihnen ermöglicht, den beruflichen Zumutungen und neoliberalen Herausforderungen nicht mehr hilflos ausgeliefert zu sein. Sie suchen nach Möglichkeiten, nicht ganz alleine zu sein bei ihrem Versuch, der Anpassung im Berufsleben zu entgehen. Was sie sich denn wünschen würden für die Anfangszeit im Beruf, in der neuen Stelle, in einer fremden Stadt, habe ich unsere frisch gebackenen SozialarbeiterInnen gefragt. Die Antwort war eigentlich viel versprechend: „Wir hoffen, dass wir an unserem neuen Arbeits- und Lebensort ein paar Leute finden werden, die genau wie wir diese Probleme sehen. Mit denen möchten wir uns dann zusammensetzen, austauschen und uns irgendwie gegenseitig unterstützen.“

Solche Vorstellungen sind ein Anfang. Man sollte sie ernst nehmen. Sie sind die Chance, die ergriffen und weiterentwickelt werden könnte.

Was wäre zu tun? Was könnte das solidarische Bewusstsein in der Berufsgruppe wecken?

Voraussetzungen für eine (Re-)Politisierung und (Re-)Solidarisierung der sozialarbeiterischen Zunft sind

1. die Erkenntnis, dass die gegenwärtigen Probleme der Klientel sowie die der Profession von Menschen gemacht und keine unabwendbaren Naturgewalten sind,
2. die Bereitschaft sich zu wehren, für die eigenen Interessen und Rechte einzusetzen und sich nicht anzupassen, sich nicht treiben zu lassen, sei es aus Pragmatismus, aus Faulheit oder aus Angst,

3. die Bereitschaft und Fähigkeit, sich mit Menschen gleicher Interessenlage und gleicher Gesinnung zusammen zu tun und gemeinsam gegen die bestehenden Missstände anzugehen.

All diese Voraussetzungen sind heute bei den meisten Studierenden und PraktikerInnen nicht oder nur sehr begrenzt gegeben. Solche Erkenntnisse, solches Wissen, solche Erfahrungen sind in unserer gegenwärtigen Gesellschaft offenbar weitgehend verschüttet, ausgelöscht oder sie werden auch gezielt verheimlicht und verhindert.

Es gilt, sie neu zu schaffen und zu vermitteln. Dies sind die aktuell anstehenden Aufgaben für die Gewerkschaften, den Berufsverband und für die Bildungseinrichtungen. Für die Studierenden liegt eine große Chance und damit auch eine große Verantwortung bei den Hochschulen.

Dabei geht es um folgende Vermittlungsinhalte:

- Informationen über Möglichkeiten der Organisation und über Interessenvertretungen,
- Sensibilisierung für die aktuellen gesellschaftlichen Problemlagen und ihre Hintergründe, Aufklärung über und Reflexion der politischen Zusammenhänge,
- Anregung zur Auseinandersetzung mit der Frage, ob man sich diesen Entwicklungen wehrlos unterordnen will oder ob man bereit ist, diese Anpassung zu verweigern.

Darüber hinaus aber ist es unbedingt notwendig, den Betroffenen Erfahrungen mit Solidarität und mit gemeinsamem politischen Handeln zu ermöglichen. Es sollte versucht werden, an den konkreten Bedürfnissen nach Solidarität anzusetzen, an dem Wunsch, sich mit Gleichgesinnten und gleich Betroffenen zusammensetzen und austauschen sowie stützen zu können.

Viele Studierende wie PraktikerInnen müssen ganz elementar erst einmal wieder erfahren, was solidarisches Handeln ist, was ihnen das bringt, wie es geht und funktioniert. Das kann innerhalb einer (berufs-)politischen Organisation geschehen, solch eine Gruppe kann aber zunächst auch ganz spontan und persönlich zustande kommen. Entscheidend ist, dass es für die Sozialarbeitenden einen Ort gibt, an dem die Probleme ausgesprochen, nach ihren Ursachen gefragt und Strategien für Lösungen entwickelt werden können. Ein Ergebnis dieser gemeinsamen Überlegungen könnte sicher auch der Entschluss sein, sich durch den Beitritt zu einer Gewerkschaft oder zum Berufsverband weitere Ressourcen zu sichern und mehr Schlagkraft und Stärke zu verschaffen. So verstanden wäre der Beitritt zur Organisation dann nicht der vermeintliche Einkauf einer Interessenvertretungsdienstleistung, sondern er wäre der Erkenntnis geschuldet, dass so ein Zusammenschluss die Kräfte bündelt, Ressourcen stärkt und im Sinne einer großen, starken Selbsthilfegruppe die eigene Durchsetzungskraft um ein Vielfaches erhöht. ■